

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
8 (1894)**

241 (16.10.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-217782](#)

Norddeutsches Volksblatt.

Gescheint täglich
mit Ausgabe der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Unterzie die viergeleistete Seite 10.
Bei Belehrungen Rabatt.
Veröffentlichung Nr. 4896.

Organ für Vertretung der Interessen
des werthältigen Volkes.

Reaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Unterlagen-Einnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Unterlagen werden früher erbeten.

Abonnement
bei Bortausbildung frei im's Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 M.
für 2 Monate . . . 1,40 " .
für 1 Monat . . . 0,70 "
regl. Postbelegfeld.

Nr. 241.

Bant, Dienstag den 16. Oktober 1894.

8. Jahrgang.

Die kommende Session des Reichstages.

Dem Reichstage wird es in seiner neuen Behandlung nicht allzu behaglich werden, denn die Aufgaben, die sofort an ihn herantreten, bringen die heftigsten Parteikämpfe mit sich und es ist sehr zweifelhaft, ob die Regierungen für ihre Anforderungen eine Majorität finden werden.

Da ist zunächst noch die Frage der Deckung bezüglich der Heeresvermehrung vom Sommer 1893 zu erledigen. Ob der Finanzminister und Steuerfuchs Miquel wieder mit einer großzügigen Steuer- und Finanzreform vor den Reichstag treten wird, wissen wir nicht; Thatlache ist nur, daß die Aufnahme, die Herr Miquel in der vorigen Session gefunden, ihm eher alles Andere als eine Ermutigung für die Zukunft bringen konnte. Aber mit einer Tabaksteuer wird Herr Miquel kommen. Man könnte noch einmal in allen Details nachweisen, wie eine Tabaksteuer die seit langer Jahren beunruhigte Tabakindustrie auf's Schneid trifft und viele Tausende von Arbeitern brodlos machen würde. Rätselhaft das Letztere wäre unvermeidlich, gleichviel wie immer die Steuer beschaffen wäre. Aber könnten wir auch mit Engelswegen reden — die Leute mit den „staatsmännischen Erwägungen“ würden nicht auf uns hören. Die armen Tabakarbeiter sollen nun einmal vom Schicksal bestimmt sein, dem Militärismus gefordert zu werden. Aber wehe Deinen, die sich dazu herbeilassen, dem angeblichen Schicksalsmink zu folgen. Das deutsche Volk wird ihnen bei den Wahlen sein Vertrauen unnachlässlich entziehen, denn es begreift nur zu gut, daß morgen die Reihe an Andere kommen kann, wenn heute die Tabakarbeiter geopfert sind.

Mit der Tabaksteuer allein aber ist es nicht getan. Es kommen noch andere militärische Forderungen, für welche hinterher wird Deckung gesucht werden müssen. Man hat ja schon gehört, woher der Wind weht. Als jüngst der Krieg zwischen China und Japan ausbrach, da ging auf der ganzen Linie der offiziellen Blätter ein Geschrei los, daß die deutsche Marine nicht stark genug sei, um einen wirklichen Schutz der in Ostasien angefeindeten Deutschen zu bewerkstelligen; es wurde mit den bekannten Redensarten über den „unpatriotischen“ Reichstag hergeholt, der verschiedene Marinesforderungen abgelehnt hat, und gewisse Blätter schämten sich nicht, die Vermehrung der Marine damit zu begründen, daß man auf diesem Wege brodlose Arbeitnehmer unterbringen könne. Auch hier wird man den Heilsporten, die von einer großen deutschen Schlachtflotte träumen, mit den besten Gründen keine Wendung zum Besseren abringen können. Jedermann weiß, daß Deutschland, das zu so gewaltigen Steuervorschlägen schreiten muß, um die Kosten für sein Landheer aufzubringen, auch nicht entfernt daran denken kann, sich die

Anschaffungs- und Unterhaltungskosten einer großen Marine aufzufürden, wenn seine Finanzen nicht auf denselben Weg gedrängt werden sollen, wie diejenigen Italiens. Aber es giebt unter den nationalliberalen Politikern mehr als einen „Admiralstaat“; diese Leute scheinen sich den Gipfel einer unübersehbaren Schuldenlast mit möglichst hohen Zinsen denken zu können und wollen dabei noch den „edelsten Patriotismus“ in Erbpracht genommen haben.

Wo sind die Versprechungen hingeschwunden, welche von den reaktionären Politikern bei den letzten Wahlen gemacht worden sind? Erst kürzlich ein rheinisches national-liberales Blatt vor, die „oberen Behauptungen“ sollten die Kosten für die Heeresvermehrung durch freiwillige Beiträge aus ihrer Tasche aufbringen — eine Anregung, die heute nur noch als ein schlechter Witz betrachtet werden kann. Man gab dann feierlich das Versprechen ab, die schwierigen Schulden mit neuen Lasten zu verdecken — einige nationalliberale Jesuiten waren allerdings so schlau, hier das Wortlein „möglichst“ einzuschalten — und man er ging sich in den abenteuerlichen Steuerprojekten. Heute ist man sich bei den Nationalliberalen und Konservativen wieder einig, daß das gute Volk die Lasten der Heeresvermehrung zu tragen habe, und wenn auch verschleierte Tausende von Arbeitern ihre Existenz drangeben müssen. So liegt man die Wahlslabette zu halten.

Nicht genug, daß man im vorigen Jahre vor einer Stattüberschreitung von 40 Millionen stand, die fast ganz durch militärische Ausgaben erwachsen war — es werden im nächsten Reichshaushaltsetat auch wieder beträchtliche Mehrausgaben in Gestalt von sogenannten Nachtragserfordernissen erscheinen. So sieht es gegen die Ausgabensteigerung gar keinen Halt mehr.

Dem Volke aber, das unter dem Druck all dieser Lasten leidet, und die steigende kapitalistische Ausfuhrung kaum das Allerentümlichste für ein summierliches Dasein übrig läßt — dies selbe deutsche Volk soll nicht nur immer weiter zahlen, sondern auch schwierig bezahlen. So wollen es die Herren Nationalliberalen, die Bannigen, Hammacher, Böttcher und Genossen, und mit ihnen im Bunde die Herren Stumm und Karoff. Ihre Organe fordern zu einem Staatsstreit auf, wenn der Reichstag das gesuchte Mauloratorium nicht bewilligen sollte, und die ebenfalls Journalisten, welche einen Umsturz der Verfassung freudig herbeiläufen, schreien om brutalen nach Maßregeln gegen die angeblichen Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie!

Man wird sich nicht verbreihen können, daß alle diese Strömungen zu einem Wirtswart führen müssen, der seines einzelnen Menschen Hand mehr wird entwirren können. Der alte von Friedrichsburg ging eben zur rechten Zeit und wenn die neuen „Ritter des Vaterlandes“, Herr von

Bennigsen oder Graf Herbert Bismarck, nach seiner veralteten Staatsweisheit operieren wollten, so würden sie damit nur einen großen Lachsalat haben, wie bei einem guten Lustspiel. Aber diesen Herren ist schwerlich jemals eine leidende Rolle beschieden.

Hofft in diesem Wirtswart steht allein die Sozialdemokratie. So wenig sie sich zu Unbesonnenheiten fortsetzen lassen wird, so wenig wird sie ein Titelchen von den Volksrechten aufgeben und ebenso wenig wird sie einer neuen Steuer zukommen. Sie braucht sich vor den kommenden Parteikämpfen nicht zu fürchten; ihr Schild ist blank.

Politische Rundschau.

Bant, den 15. Oktober.

— Über den Zusammentritt des Reichstages scheint noch der „Nord. Allem. Blz.“ in den mehrgesetzten Kreisen ein endgültiger Besluß gefaßt zu sein. Jedenfalls ist aber die Einberufung des Reichstages spätestens in der zweiten Hälfte des nächsten Monats zu erwarten. Ueber die für den Reichstag vorbereiteten Vorlagen wird geschrieben: Außer dem Etat erwartet man in parlamentarischen Kreisen alsbald das Tabaksteuergesetz und, wenn es zu einer Beschlagnahme unter den Regierungen kommt, auch die Vorlage zur Bekämpfung der Umsturzbestrebungen. Nicht lange wird auch der Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb auf sich warten lassen. Das Einbringen mancher anderer Vorlagen ist noch nicht ganz sicher, doch unterliegt es keinem Zweifel, daß ein sehr reiches Material vorliegen wird. — Da reicher das von der Regierung geplante Arbeitsprogramm des Reichstages ist, desto weniger hat das Volk Ursache zur Freude.

— Zur Reichs-Finanzreform wird gemeldet, daß zwischen den in Betracht kommenden dreizehn und Reichsinstanzen eine Übereinstimmung dahin erzielt worden ist, die Reform zunächst im wesentlichen auf eine Ausgleichung von Patrimonialumlagen und Ueberweisungen zu beschränken. Auf die feste Dotierung der Einzelstaaten ist einstweilen verzichtet. Auch über die Einzelheiten der neuen Tabaksteuer-Vorlage ist zwischen dem Finanzministerium und Reichs-Schatzamt vollkommen Einigkeit erzielt worden. Geschriftpft wird der Tabakarbeiter soll vermehrt werden.

— Über die Sitzung des Staatsministeriums vom 12. d. M. wird der „Germania“ vor gewöhnlich gut unterrichtet. Seit noch gemeldet, daß sämmtliche Minister, auch Graf Caprivi und Herr v. Böttcher daran teilgenommen haben. Die Sitzung dauerte von 2 bis 6 Uhr. Dem Berichten nach soll am Schlus der Verhandlungen sich völliges Einverständnis ergeben haben über das Vorhaben gegen die Umsturzbestrebungen im Reiche und in

Weißer Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreuzer.

Kronleuchter umzog, wie umnebelte Dräger ausnahmen. Und dieses Spreizen der Finger, das jeden Kraftausdruck begleitete, diese nervösen Bewegungen der Hände, gleichsam, als wollte man durch sie die soeben geprövten Worte doppelt bestätigen, oder auf den Ausdruck hinzuweisen, nach dem man verzweigt gejucht hatte, um dem Sage einen Zusammenhang zu geben.

Auf der einen Seite des Saales stellte man die Köpfe längere Zeit zusammen und blähte nach der äußersten Ecke neben der Bühne. Dort saß mit einem fremden Herrn Franz Timpe, der sille Kompanjon liebans. Er hatte das Streit-Komitee um die Erlaubnis gebeten, der Versammlung beizuhören zu dürfen, und man hatte sie ihm gegeben, weil man annahm, es sei ihm um eine baldige Einigung zu thun. Die ihn erkannt hatten, blickten sich sehr reservirt ihm gegenüber; denn wie freundlich hatte er den Polizeileutnant gezeigt und wie liebenswürdig war der Gruß erwidert worden.

Die Klingel des Vorhenden erhöhte und es trat Ruhe ein. Allgemeine Müttheilungen über die Urfahrt des Streits wurden gemacht, dann ergriß ein Arbeiter der Urban'schen Fabrik als Referent das Wort. Sein Name hatte bei den Versammelten einen guten Klang, seine Erscheinung war männlich und einnehmend. Er schilderte in beredeten Wörtern den Niedergang des Drechslergewerbes, erörterte an der Hand von Lohntabellen die traurige Lage der Schleifer und verglich damit die lange Arbeitszeit. Es war ein trübs Gemälde, das er entwarf. Das Drechslergewerbe, so führte er aus, sei früher eins der blühendsten gewesen, heute aber durch die außerordentlich große Konkurrenz völlig auf den Hund geskommen.

Ein lautes „Bravo! Bravo!“ unterbrach ihn. Es kam von der Thür her, wo ein Knäuel von Arbeitern sich

gestaut hatte. Man blickte sich um, um zu sehen, wer der Unterbrücher sei, konnte ihn aber nicht entdecken.

Der Redner fuhr fort, in eindringlicher Weise seine Ansichten zu entwideln. Der Durchschnittslohn eines Gehilfen betrage kaum so viel, daß er sich anständig ernähren könne. Von den Familienäldtern wage er garnicht zu sprechen. Sie führen einfach eine traurige Existenz und könnten sich nur erhalten, wenn die Frauen und Kinder nutzbar seien. „Kann man das aber ein geordnetes Familienleben nennen“, fuhr er mit erhobener Stimme fort, „wenn Mann und Frau das Haus verlassen, und die Tochter in kaum entwickeltem Alter nach der Werkstatt oder Fabrik gehen muß, um der Aufsicht der Eltern entzogen, unmoralischen Einflüssen aller Art preisgegeben zu werden? Das Weib gehört in die Familie, es ist dazu da, die Häuslichkeit zu pflegen, die Kinder zu erziehen, sie zu gesitteten Menschen zu machen, aber nicht, um ihre ganze Kraft dem Gewerbe zu widmen, und dadurch zur Verlotterung der Familienbaude beizutragen.“

Eine Beifallsalve erfolgte, begleitet von lautem Bravorufen.

Der Polizeileutnant hatte eifrig geschrieben. Jetzt blickte er den Redner aufmerksam an, dessen intelligentes Gesicht ihm bald zugewandt war und über welches nur ein fröhliches Lächeln glitt. Dann fuhr der Sprecher fort: „Meine Herren, die ganze physische Beschaffenheit des Weibes spricht gegen eine lang andauernde Bechaftigung in den Fabriken. Es ist in erster Linie dazu bestimmt, Gattin und Mutter zu sein. Jeder wahrhaftige Mensch wird Ihnen das bestätigen.... Wenn also alles das geschieht, was ich Ihnen hier vorführe, so hat das seinen hauptsächlichen Grund in der schlechten Belohnung der Männerarbeit. Es sind das also auf die Dauer unhaltbare Zustände.“ (Fort. folgt.)



Preußen. So weit der Berichterstatter der „Germania“. Ob die betreffenden Verhandlungen im Staatsministerium bereits zu Ende geführt sind, meldet derselbe nicht. Nun werden wohl die Offiziellen uns Näheres berichten. Die nach Ausnahmegesetz läuterte „Post“ behauptet dagegen, daß all diese Mittheilungen nicht zu trauen ist, da nur ein ganz bestechter Kunde von Personen von den Belegschaften des Staatsministeriums Kunde hat und diese das Schweigegebot jedenfalls wahren werden.

— Der „unlautere Wettbewerb“. Ueber die Aufnahme, die in der Berliner Konferenz die Vorschläge der Regierung zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gefunden haben, geben widersprechende Mittheilungen durch die Blätter. Der „Frankf. Ztg.“ meldet man hierzulande: „Die Regierungsvorschläge fanden im Großen und Gänzen die Zustimmung der Sachverständigen, wenn auch über die Art der Ausführung die Ansichten noch sehr weit auseinandergehen. Die Wünsche, die von sachverständiger Seite vorgetragen wurden, hat die Regierung entgegengenommen und in einzelnen Fällen sofort Berücksichtigung zugesetzt; im Übrigen wird sie zunächst prüfen, wie sie weiter diesen Wünschen entgegenkommen kann.“

— Zu dem Staatsstreit. Värm der mittelparteilichen Kläusen wird der „West-Ztg.“ aus Berlin geschrieben: „Es wird die Frage, was ohne Gewaltstreit von den gegenwärtigen parlamentarischen Körpern zu erreichen sei, von besonderer Bedeutung werden. Um den Preis eines Konflikts sich Kampfmittel zu erkaufen, ist die Regierung offenbar nicht bereit, und es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, daß in dem Maße, als in gewissen Kreisen das Verlangen nach gefährlichen Mitteln hervortritt, die Regierung sich die Ruhe bewahrt, die in Zeiten nervöser Erregung besonders am Platze ist.“ Abwarten!

— Ministerwechsel in Bayern? Von einer Seite, die der „Frankf. Tagespost“ aus München folgende Mittheilungen: „Die in einigen liberalen Provinzblättern enthaltene Nachricht, daß das Amt eines Regierungspräsidenten für Oberbayern auch dem Minister des Innern von Feilitzsch angeboten war, dieser aber noch keine Lust zeigte, sich auf sein Altersheim zurückzuziehen, beruht auf Wahrheit. Seit der Vorgänge in Murnau, Garmisch, Partenkirchen ist man in den „höchsten“ Kreisen mit der Verwaltung des Innern nicht mehr ganz aufzubrechen. Die Angriffe der Ultramontanen auf den Minister des Innern sind außerdem auf den Prinzen Ludwig, der den Ultramontanen näher steht, als die Liberalen glauben wollen, nicht ohne Einfluß geblieben. Da dieser Prinz und präsumtive Thronfolger mehr — und das besonders seit der letzten Kammerwahl — als man in weiten Kreisen anzunehmen scheint, mitregiert, so in der durch das Angebot des Regierungspräsidiumpflichten von Oberbayern an den Minister des Innern ergangene Wink zumeist auf jenen zurückzuführen. Es sind aber noch deutlichere Wünsche entstanden, die indessen anscheinend, und unter den eigenartigen Rechtsverhältnissen der Regierung, ohne Wirkung auf Herrn von Feilitzsch blieben. In unterordneten Kreisen wird, unterstützt durch die Kränklichkeit des genannten Ministers, aber die Demission befindet in nicht zu ferner Zeit erwartet. Das Ministerium des Innern würde alsdann an Herrn von Müller, den jetzigen Kultusminister, übergeben; für das Kultusministerium ist der Regierungspräsident der Pfalz v. Auer in Aussicht genommen. Auch der neuernannte Regierungspräsident von Oberbayern steht in Frage.“ Souvi aus der Aufschrift, die noch weitere Mittheilungen enthält, für deren Wiedergabe, wie unser Bruderwald bemerkte, die Zeit noch nicht gekommen erscheint. Wir haben die uns gewordene Information überhaupt nur journalistischer Pflicht gemäß veröffentlicht zu müssen geglaubt. Die Sache an sich läuft und mehr wie fort. Denn ob Feilitzsch, ob Müller, das ist nach den letzteren Thätigkeiten als Münchener Polizeidirektor und bei dem Zustand der Kammermajorität — gehüpft wie gesprungen.“

Ein „Mares Programm“ im „Kampfe gegen die Umsturzparteien“ verlangt die nationalliberalen Staats- und Gesellschaftsräte bekanntlich von der Regierung. Aber wie sieht es mit dem „Mares Programm“ in den nationalliberalen Kreisen aus? Vor drei Tagen brachte die nationalliberalen „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Spezial. Organ der Schlotunker und Grubenbarone, einen Artikel, welcher sich mit dem Diktatur-Vorschlag des Herrn Konstantin Möller beschäftigte und worin als das „allein mögliche Mittel“ im Kampfe gegen den Umsturz die Wiederaufnahme des Sozialstiftungsgesetzes oder wenigstens ein „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie“ bezeichnet wurde. Am folgenden Tage aber brachte dieselbe „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ einen anderen Artikel: „Der Ultramontanismus und der Umsturz“, worin es in den fünften Zeilen vor dem Ende heißt: „Ein neues Ausnahmegesetz wünscht wohl heute Niemand.“ — Da sage nun noch jemand, der Nationalliberalismus habe kein „Mares Programm“ in Bezug auf die „Umsturz-Bekämpfung“!

— Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung beantragt, den Magistrat zu ersuchen: 1. vom 1. April n. J. an für alle von den städtischen Verwaltungen und Betrieben beschäftigten Arbeitern eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden einzuführen; 2. von demselben Termine an die mit der Ausführung städtischer Arbeiten beauftragten Unternehmer vertragsgemäß zu verpflichten, für die zu diesem Zweck beschäftigten Arbeiter ihrer Betriebe eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden einzuführen.

— Reaktionäre Stadtväter nach dem Muster der Leipziger scheinen auch die Elberfelder zu sein. Der

dortige „Sozialdemokratische Volkverein“ hatte den Antrag gestellt, das Wahlrecht zu den Stadtverordneten-Wahlen dahin zu erweitern, daß auch Bürger mit einem Einkommen von 650—900 Mk. wahlberechtigt sein sollten. Dieser Antrag wurde in geheimer Sitzung — abgelehnt.

— Unsere Mühlhäuser Genossen, die den Treueld verweigerten, haben unseren Reaktionären einen gläubigen Gedanken eingegeben: nämlich die Einführung des Treuelds auch für den Reichstag. „So werden wir, sagt sich das pfiffige Oberreitk. Bismarck, der national-liberale Böttcher, so werden wir die Sozialdemokraten im Reichstag mit einem Male los!“ Oder auch nicht?

— Ein Offiziellosus des preußischen Eisenbahnminterrums bringt über die mehrere wichtige Einschränkung der Arbeiter-Rückfahrtarten folgende Auslassung:

„Um den in größeren, von ihrem Domizil entlegenen Unternehmungen und Gesellschaften beschäftigten Arbeitern die Möglichkeit zu gewähren, ihren Angehörigen am Sonnabend einer Stellwoche zuwohnen zu können und den Sonntag in der Familie zu leben, sind seit einigen Jahren von der Eisenbahnverwaltung für bestimmte Strecken, und zwar die auf Entfernung von 160 km, Karten zu ermäßigten Fahrpreisen ausgegeben, welche von Beginn und am Schlusse der Woche zur Fahrt berechtigen. Die Vergünstigung ist verschiedentlich mißbraucht, von anderen Seiten auch angegriffen worden. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat deshalb die Eisenbahn-Direktionen angewiesen, begünstigt in der ihrer Beziehen auf Entfernung von mehr als 100 km eingeführten Arbeiter-Rückfahrtarten zu prüfen, ob deren Beibehaltung einem wirklichen Bedürfnisse entspreche. In Folge davon sind bereits von einzelnen Direktionen für einzelne Strecken dieser Art die Karten eingesogen, während in anderen Beziehen die Gründungen noch schweren und vielleicht ähnliche Maßnahmen noch bevorstehen. Es wird darüber mehr gesprochen und geschrieben, als an der Zeit erscheint. Wir konstatieren, daß keine generelle Verfügung ergangen ist, die Einführung des Betriebs zwischen dem auswärts beschäftigten Arbeiter und seiner Familie zu beschränken, auch nicht, solfern es sich zwischen dem Wohnorte und der Arbeitsstätte um Entfernung von über 100 km handelt, daß auch in den Fällen, in welchen die Ausgabe von Arbeiter-Rückfahrtarten eingesetzt ist, nach sorgfältiger Prüfung von einem zweckmäßigen Bedürfnis ihres Fortbestandes nicht die Rede sein kann.“

Das der Eisenbahnminister der Ansicht ist, über die Einschränkung der Rückfahrtarten sei mehr gesprochen und geschrieben worden, als an der Zeit erscheint, ist allerdings bezeichnisch. Andere Leute sind eben anderer Ansicht, und die vorstehenden allgemeinen Redensarten des Eisenbahn-Offiziellosus sind in keiner Weise angethan, das absäßige Urteil über die Maßnahmen des Herrn Thielens zu altertiren. Es wäre interessant, etwas Näheres über den „Missbrauch“, der mit den Karten getrieben sei soll, zu erfahren. Doch wäre, wenn selbst ein solcher Missbrauch nachweisbar sollte, dies kein Grund zu der Beschränkung. Auch mit anderen Fahrkarten ist schon Missbrauch getrieben worden, ohne daß deshalb eine Beschränkung erfolgt wäre. Thatächlich dürften lediglich die Angriffe „von anderer Seite“, d. h. von Seite der Agrarier, welche die ländliche Arbeiterbevölkerung festhalten wollen, für die Maßregel bestimmt gewesen sein.

— „Gegen den Umsturz“ möchte die „Germania“ auch ganz gern mitthun, vorausgesetzt, daß ihr überlassen bleibt, von ihrem orthodox-katholischen Standpunkte aus Alles mit zum Umsturz zu rechnen, was ihr nicht in den Kram paßt. Sie führt diesen Gedanken in den Worten aus: „Die Mittelpartei sprechen jetzt vorzugsweise von Kenderungen des Strafgesetzbuchs zum Kampfe gegen den Umsturz. Es sind da einige Fassungen denkbar, denen auch das Zentrum zustimmen könnte. In erster Linie aber würde das Zentrum fordern müssen strafzergleichliches Schutz gegen Angriffe auf den Glauben an den persönlichen Gott und die Unsterblichkeit der Seele, diese beiden Grundlagen stützlichen Lebens, damit auch einer förmlichen Auffassung der Staats- und Gesellschaftsordnung, und die Fassung mühte so sein, daß auch die Professoren auf den Kathedern davon betroffen wären. Wird da irgend ein Mittelparteieller mitsum, und wird das als irgend eine Weisheit möglich sein?“ — Na, vielleicht finden sich die schönen Seelen vom Zentrum und den Mittelparteien zusammen zu einem Umsturzgesetz, das die Sozialdemokraten und die Gottesläufer auf einem Scheiterhaufen verbrennt.

— Ein lächerliches Stückchen Schulbürokratismus wird aus der Pfalz berichtet: Hat sich da vor Beilauf 6 oder 8 Jahren ein pfälzischer Gymnasiallehrer der neueren Sprachen um eine feste Stelle im „jenseitigen“ Bayern an das Kultusministerium gewandt. Kurz zuvor hatte er sich eine Frau von drüber geholt und mit der betreffenden Anstellung glaubte er zugleich seiner Frau, die sich pfälzisch noch nicht assimiliert hatte, eine Freude zu machen. Die Hoffnung war umsonst gewesen, Jahre vergingen, die Anstellung erfolgte mittlerweile im alten Wirkungsorte, wo die Familie sich überaus heimisch fühlte, da auch die Frau Gemahlin keine Sehnsucht nach dem „Jenseit“ mehr verhielt. An das alte Verzeichungsgefaß dachte kein Mensch mehr — außerhalb des Kultusministeriums. Dort mag wohl längst ein graus Fazit geräumt worden sein, denn unser Professor erhält dieser Tage (die Dienstnachrichten aller Zeitungen brachten das Fatum) seine Ernennung an ein bayerisches Gymnasium. Da Bemühungen, diesen Besluß rückgängig zu machen, nichts fruchten, mußte unser Mann zum Wunderstaat greifen.

— Zum Bierboykott in Berlin. Die seit einigen Tagen gepflogten Verhandlungen mit den Ringbrauereien wegen Beendigung des Bierboykotts wurden am Sonnabend abgebrochen, weil die Brauerei-Vertreter eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Sie machen den Friedensschluß davon abhängig, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden. Diesem ungeheuerlichen Verlangen wurde von den Vertretern der

Arbeiter ein energisches Nein entgegengesetzt. Die Boykottkommission fordert nun in der letzten Nummer des „Vorwärts“ den Parteigenossen zur Fortführung des Boykotts mit erneuter und vermehrter Kraft auf.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest. Abgeordnetenhaus. Der Präsident legte die Beschluß des Magnatenbaus betr. die Annahme des Gesetzentwurfs über die kais. Matrizen, sowie die die Ablehnung des Gesetzentwurfs über die Reaktion der Juden betreffenden dem Hause vor. Der Präsident wird ermächtigt, die Verhandlung dieses Raums sofort nach Beendigung der Verhandlung des Gesetzes über die freie Religionsübung auf die Tagesordnung zu legen. Der Gesetzentwurf über die Religion der Kinder, an dem das Magnatenhaus Modifikationen vornahm, wird den Ausschüssen überwiesen. Die nächste Sitzung findet am 17. Oktober statt. Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die freie Religionsübung.

Schweden-Norwegen.

Bei den bis jetzt stattgehabten Wahlen zum nordwestlichen Storting in 13 Kreisen und 18 Städten sind 51 530 konervative und moderate (gemäßigte) gegen 53 150 radikale Stimmen abgegeben. In denselben Kreisen stimmten bei der vorigen Wahl 31 520 konervative und Moderate und 33 650 Radikale. Der Fortgang ist aber bisher ungefähr derselbe für beide Parteien gewesen, nämlich für die Rechte 20 010 und für die Linke 19 500.

Italien.

Nom. Das Defizit des nächsten Etatsjahrs bezeichnet der „Italia“ aufgrund der Schätzmetter und der Finanzminister auf 60 Millionen lire. Davon sollen 20 Millionen durch weitere Ersparnisse, 10 Millionen durch neue Steuern gedeckt werden, über deren Natur die Regierung jedoch absolutes Schweigen beobachtet.

Die Sozialisten haben in Italien wieder unerhörter Brutalität fortgesetzt; das Anarchistengebiet dient der Regierung und ihren Anhängern als Handhab zur Bekämpfung jedes politischen Gegners. In Genua wurde in Folge einer Denunziation der dortigen Polizei der Buchhändler Giovanni Verda für den 15. Oktober vor die Kommission für Beweisung von Zwangswohnungen geladen. Die Nachricht, die sich rasch verbreitete, hat allgemeine Erregung hervorgerufen, denn Verda ist ein hochgeachteter Sozialist und ein unverhönlischer Gegner der von ihm stets befürworteten Anarchisten. Er war Parlamentskandidat im Wahlkreis Turin gegen den auswärtigen Unterstaatssekretär Daneo und im Wahlkreis Voltri gegen den Generalleutnant Carangi und vereinigte beide Male zahlreiche Stimmen auf sich. Das genügt, um ihn in den Augen der Crispischen Regierung staatsgefährlich erscheinen zu lassen und ihn als reif für die trockne Guillotine zu erklären. Und wie in Genua, so geht's überall in Italien. Die Sozialisten werden zu Dingen zwanzigweile verschließen, und die an die spanischen Rechtergerichte erinnernden Kommissionen entwickeln einen zügigen Eifer, um sich gegenzeitig in Gewaltmaßnahmen zu überbieten. Besonders heiter geht es in Cunes, Oeglia und Ravenna zu; dort findet ein gewaltiger Kehraus statt, und Alles, was nur entfernt nach Sozialismus riecht, wird zittert, regtzt und exzit. Crispi braucht eben Ruhe! Wie die Ausweitungsgesetze auf Sizilien gehandhabt werden, darüber wollen wir erst gar nicht reden. In diesem Kaiserstaat herrschen angeblich wieder reguläre Zustände, in Wirklichkeit ist dort noch immer das schändliche Standrecht proklamiert; Herr Crispi's Söhnen und Schergen sprechen „Recht“ nach ihrer Weise, und die wie das Jagdwild gehobten Bauern und Grubenarbeiter können weder leben noch sterben. Wer der am Ruder befindlichen Sippschaft nicht genehm oder unbequem ist, wird auf die „schwarze Liste“ gelegt und einfach aus dem Lande gejagt; ob er Politiker ist oder nicht, das tut nichts zur Sache. So entledigen sich die Spieghelfer der Regierung ihrer Gegner und Aufsäßer und können ungefähr das Land zu Grunde regieren. In Caltanissetta haben sie den ersten unläufig aus Lugano — wo er in freiwilliger Verbannung lebte — hingekettet Aboolaten Lo Verte eingekettet und für die Vertheidigung vorgemerkt. Natürlich ist er Sozialist — sonst hätte die Sache ja weiter leben können. Weshalb er verschickt werden soll? Dafür gibt es nur einen Grund: Lo Verte wäre im vorigen Jahrhundert zum Abgeordneten für den Provinzial-Landtag gewählt worden, und seine politischen Gegner suchen sich seiner zu entledigen, da er bei der nächsten Wahl sicher gewählt worden wäre.

Spanien.

Madrid. Zahlreiche Finanzbeamte in Guernica wurden wegen Unterschlagungen verhaftet. Andere Verhaftungen an verschiedenen Orten Spaniens werden erwartet. — Die Presse beschäftigt sich lebhaft mit den festgestellten Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung von Staatsgebäuden. In einigen Kasen soll ein Defizit von über eine Million Pesetas gefunden worden sein. Da in Spanien die ganze Verwaltung, vom Ministerpräsidenten bis zum letzten Aquarii, d. h. Höhner, steht, wird auch der neue Standort im Sande verlaufen.

Portugal.

Mehrere Überfälle auf die Europäer wurden von den Eingeborenen von Vorencio Marques vorgenommen, wobei mehrere der Ersteren geflüchtet worden sind. In einem großen Meeting, welches von der portugiesischen Bevölkerung abgehalten wurde, sprach das Volk heftigen Tadel gegen die portugiesische Regierung aus, weil sie ihre Untertanen so ohne jeden Schutz lasse. Die Verwaltungsbüros sind geschlossen.

Gewerbschaftliches.

— Bei dem Streit der Baggerarbeiter der Suezkanalgesellschaft gibt sich die unerlässliche Häufigkeit des Kapitalismus nicht deutlich. Man schreibt der „Polit. Korresp.“ aus Alexandria: Der Streit der Arbeiter des Baggergeschäfts der Suezkanalgesellschaft in Port Said scheint immer drohendere Gestaltung anzunehmen. Zwar ist der Ausstand bereits seit über einem Monat dauer, und es keine Kündigung, doch er bald beigelegt wird. Bis jetzt wird die ruhige Haltung der an der Bewegung beteiligten Arbeiter allerdings außerordentlich, doch scheint, nach den letzten Berichten, diese Ruhe bei einem Thile der Streitenden nunmehr geschwunden zu sein. Fast alle Arbeiter gehören der griechischen Nationalität an; ein Thiel besteht aus Levantinern, sehn sich Italiener, fünf Österreicher und einer ist Belgier. Die Streitenden sind ungünstig, wenn sie geprägt sind, geringfügig Beschäftigung habend als fröhler und nur die wenigen Stunden, in denen sie arbeiten, deshalb erhalten. Sie fordern, daß ihnen die Kanalgemeinschaft eine zehnmannliche Beschäftigung zuschreibe oder ihnen Lohn erhöhe, welche beiden Bedingungen die Gesellschaft bisher vertraglich hat. Ein englisches und ein französisches Kriegsschiff liegen in Port Said zur Aufrechterhaltung der Ordnung vor. Unter Trop der angstgestrittenen Bevölkerung des griechischen Generalkonsuls, Herrn Emparis, der sich bereits verschiedene Male verständlich nach Port Said begeben hat, zeigt sich die Gesellschaft noch zu keinem Zugeständnis bereit. Auch die ägyptische Regierung hat sich bemüht, die Gesellschaft zu einem Einzugekommenen zu veranlassen. Das große Unternehmen befindet sich in Händen der schwimmenden Kaufleute. Im April 1882 zählte die Bilanz wie folgt: Einnahmen 77 810 000 Fr., Ausgaben 62 386 000 Fr. Werner werden noch die spriegerischen Binden der mit amortisierten Aktien mit 9 845 000 Fr. von der Einnahme abgezogen. So blieb also ein reiner Ueberschub von 41 720 000 Fr. Diese Summe, welche solche Profite einbringt, kostet den Arbeitern, die für die Unterhaltung des Kanals einen Lohn von weniger als 2 Millionen Franken erhalten, noch von ihrem täglichen Lohn etwas abzuziehen. Nicht die Notlage der Gesellschaft, sondern die mächtige Profitier der Kapitalisten hat diesen Streit hervorgerufen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 15. Oktober. Die gestern Nachmittag in Brumme Wirtschaftshalle abgehaltene Sitzung des Gemeinderathes beschäftigte sich hauptsächlich mit der Prämierung der eingelassenen Entwürfe zum Rathausbau. Die befreiten Zeichnungen, deren Motto und Kostenantrag schlug mir hier folgen lassen, lagen zur näheren Orientierung der Mitglieder des Gemeinderathes im Lokale aus. Es waren dies: 1) Motto: „Glück auf“, Kostenantrag 30 000 M., 2) „Erst wägen, dann wagen“, 30 500 M., 3) „Rathaus“, 34 600 M., 4) „Erst wäg’s, dann wag’s“, 29 500 M. und 5) „Ein Recht, eine Wahrheit“, 36 450 M. Nachdem Abstimmung von den Plänen und den beigefügten Kostenanträgen Einigkeit genommen war, um ein Urtheil darüber zu ermöglichen, eröffnete Herr Gemeindevorsteher Meenig hierzu die Diskussion. Seitens der Rathauskommission wurde zunächst berichtet, daß sie die vorliegenden Entwürfe sorgfältig geprüft und zu dem Entschluß gelangt sei, dem Gemeinderath vorzuschlagen, resp. zu beantragen, zur Prämierung nur die unter 1 und 2 bezeichneten zugulassen, da nur diese für das Projekt am geeignetesten erschienen. Die Ablehnung der übrigen drei Zeichnungen begründet die Kommission damit, daß bei 3 und 5 der Kostenantrag bedeutend überschritten und bei 4, welcher Entwurf außerdem sehr lobend erwähnt wurde, die Anlage den örtlichen Verhältnissen nach zu klein sei. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag der Kommission gegen eine Stimme angenommen. Ein anderer Antrag, keinen Entwurf mit über 30 000 M. Kostenantrag zugulassen, ist dadurch gefallen. Da nun ursprünglich drei Preise festgelegt, beschloß der Gemeinderath, den dritten Preis (50 M.) gleichmäßig auf den ersten (150 M.) und zweiten (100 M.) zu verteilen. In der hierauf erfolgten Diskussion über die nun in Betracht gezogenen beiden Pläne wurden verschiedene Bedenken gehegt bezüglich der Ausführung derselben und auch betont,

Bermifutes.

— „Im Zeichen des Verkehrs“. Dieser Tage waren es zwanzig Jahre, seitdem der Vertrag abgeschlossen worden, durch den der Weltpostverein geschaffen wurde. Gegenwärtig umfaßt der Verein 98 484 348 Quadratkilometer mit mehr als einer Milliarde Bewohner. Zu seinem Verbande schließen nur noch die Kapkolonie nebst Deutsch-Südwestafrika und der Otarai-Freistaat, die jedoch demnächst eintreten werden. Über den Verkehr gibt die „Nord. Allg. Stg.“ folgende Zahlen: Der gesamte Postverkehr, welcher für das Jahr 1873 in den heute zum Weltpostverein gehörigen Ländern auf rund 3300 Millionen Sendungen geschäftigt wurde, ist bis 1892 auf 18 000 Millionen Sendungen jährlich, also auf 50 Millionen täglich gestiegen. Unter jenen 18 Milliarden befinden sich rund 8000 Millionen Briefe, 2000 Millionen Postkarten, 7300 Millionen Drucksachen und Waarenproben, 260 Millionen Postanweisungen über 12 Milliarden Mark, 380 Millionen Pakete, 65 Millionen Wechselbündnisse und 45 Millionen Postauftrags- und Nachahmeseendungen. Die Zahl der Postanstalten ist von 85 443 auf 197 914 gestiegen und an Werthen, soweit folgt auf den Sendungen angegeben sind, vermittelt die Post jährlich mehr als 70 Milliarden Mark. Während so das Leben durch den ganzen Gesellschaftskörper pulsirt und die Solidarität der menschlichen Interessen immer deutlicher und fühllicher auf dem Gebiete des Weltverkehrs zum Ausdruck gelangt, bemühen sich in den Kulturstaaten die herrschenden Interessensrichtungen, denen dieser Verkehr in erster Linie zu gute kommt, den Sieg jener Solidarität auf sozialem Gebiete zu verhindern. Sie lassen die internationale Solidarität gelten, soweit sie ihrem Sonderinteresse entspricht. Aber wenn dieselbe sich behält für die Idee der Befreiung der Arbeit von der Herrschaft des Kapitalismus — dann bedeutet dieser sie als ein „Verbrechen“. Das wird aber die Bewirklichung der Idee nicht verhindern.

— Ein merkwürdiger „Analphabet“ ist der Notar der italienischen Gemeinde Scansano bei Grosseto.

Als jüngst auch an ihn die Aufforderung erging, er mög-
lichst nachweisen, daß er das Lesen und Schreiben fundig un-
befugt sei, das Wahlrecht ausüben, rückte er an der
Wahl-Ausübung folgendes latonisches Schreiben: „Erklärt
hierdurch idemlich, daß ich Analphabet bin und das se-
eben Niedergeschriebene nicht lesen kann. Dr. jur. Vin-
cento Franci.“

— Shelleys Denkmal. Am Sonntag wurde in Biareggio (Italien) das Denkmal des englischen Sozialisten und Dichters Shelley enthüllt. Italienische und englische Dichter und Gelehrte, darunter auch der alte Gladstone haben dem unsterblichen Dichter des „König Rab“ und des „Festivalkönigs Prometheus“ das Denkmal an jene Stelle setzen lassen, wo er 1822 tot aus dem Meer gezogen und verbrannt wurde. Percy Bysshe Shelley entstammte einer altadeligen englischen Familie; er wurde 1792 geboren. Nach Vollendung seiner Studien in Oxford wandte er sich poetischen und politischen Arbeiten zu. In allen seinen Schriften tritt er mit glühender Begeisterung für den Sozialismus und für das unterdrückte Volk ein; offen und mutig bekämpft er sich als Revolutionär, Sozialist und Arbeit. 1818 überseßelte er nach Italien; am 1. Juli 1822 fuhr er in einem Bootie nach Lissorno, um Byron zu besuchen, am 8. Juli trat er die Heimfahrt an, auf der er um's Leben gekommen ist. Am 22. Juli spülten die Wogen seine Leiche an den Strand, wo er auch im Beisein seines Freuntes Byron verbrannt wurde.

— Drei Ehemänner saßen zusammen; zwei lobten ihre Hausfrauen; der eine sagte: „Meine ist mit wenigen zufrieden“, „und meine mit noch wenigerem“ übertraf ihn das andere; „und Ihre?“ sprachen sie fragend zu dem dritten: „Iß mit gar nichts zufrieden“, lautete die Antwort.

Lüttung

Für die ausgesperrten Glaskarbeiter in Oldenburg gingen nach ein : durch Kartensammlung von J. 20,00, Jag. 2,00, S. 5,00, 38
0,80, B. 2,00, Du. 1,00, S. J. 4,00, Et. 2,00.
Freiwilliger Beitrag : R. S. 0,50 Rf.

Die Rebaffion.

Ruf Lichten gingen ein: 231 M. 1,80, 132 F. 8,80, 59 S. 3,50, 240 Jever 2,80, 91 Krt. 0,20.
Zusammen: 49,40 M., bisher gezahlt 5 357,98 M., Summe
5 407,38 M.

Um Ablieferung der noch ausstehenden Rüßen sowie unverkaufsten Karten wird wiederholt dringend ersucht.

Die Kartellkommission: I. II.: B. Bümmerstede.

Bereins-Ralender

Bant-Wilhelmshaven

"Verein deutscher Schuhmacher." Montag den 15. Okt.
Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Heilemann
Kronenunterstützung. Verein "Anheim". Montag, den
15. und Dienstag den 16. Oktbr.: Hebuna der Bei-

„Arbeiter-Fortschbildungsschule“. Jeden Dienstag u. Donnerstag Abend, 8½ Uhr, Unterricht in der Schule zu Neubremen.

„Verband der Maurer.“ Dienstag den 16. Okt., Abend 8 Uhr: Versammlung bei Keule, Kopperhörn.

„Verband der Bauarbeiter.“ Mittwoch den 17. Okt., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann.

Maler-Fachverein „Palette“. Sonnabend den 20. Okt. Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann.

Ständesamtliche Nachrichten

der Gemeinde Baut vom 3. bis 13. Oktober 1894

Geboren ein Sohn: den Werkarbeiter H. Hartnax, Schlosser
J. Haselom, Oberfeuermeisterkondit. J. H. Rau, Bahnarbeiter
G. H. F. Biermann, Tischler T. H. K. Hoppe, Maschinenbau
A. K. L. P. Schumann, Werkarbeiter G. Eilers — eine Tochter
des Kesselschmieds M. Swistowksi, Werkführer R. Külling.

Aufgeboten: Schlosser A. E. Boden und J. W. G. Baedem
Beide zu Wer; Dienstleicht T. Schoen zu Wilhelmshaven und
M. C. H. Lutz zu Münster; Maschinendauer J. H. D. Alter zu
Bant und D. M. E. Hardeker zu Ahlen; Kesselfabrik P. L. Meyer

und W. Schanic, beide zu Bant.
Berghaertel: Kaufmann H. W. Schwartz zu Bremen und
K. Goldhorn zu Bant; Rauert C. W. H. Fischer und A. W. H. Ober-
länder, beide zu Sedan; Mariniergeldner D. F. G. W. Lenz und
A. R. Bonitz, geb. Möhmann, beide zu Bant; Leber J. Wolfzijl
und E. K. F. Winter, beide zu Bant; Schmid F. M. Gericke
und J. G. H. Pauls, beide zu Bant.

Ständesamtliche Nachrichten

Einführung in die Stadtplanung

der Stadt Wilhelmshaven vom 6. bis 12. Oktober.

Seinig, — eine Tochter: dem Arbeitnehmer Beelen, Werksarbeiter Bresemann, Sergeanten Weiler, Gutsfahrer Wunder, Lehrer Stenz.
Ausgebrochen: Mechaniker Gauger zu Stuttgart und W. R. Wagner zu Nördlingen; Walchimandauer Neuer hier und K. A. Haas zu Heppens; Schmidt und K. Dr. Kosch, Beide zu Heppens; Segelmacher Nobell und S. J. de Boer, Both zu Nordernen; Schneider Hobel und S. L. E. Krüning, Beide hier; Schlosser Diven zu Bant und A. M. G. Dietz hier; Dienstleistung Schoenfelder hier und A. R. H. Lutze zu Küsten; Arbeitnehmer Siegeler zu Aachen und W. Hirsch zu Borkel; Dienstleistung Schilhorn und J. M. Duba zu Bremen; Schneider Dobmann und C. H. D. Sprenger, Beide zu Harste; Werkstatthausmeister Seddig und L. A. J. Brünning, Beide hier; Torpedowaffenmeister Eicker hier und L. K. Sebach zu Felde bei Metzow; Saatmann und W. Weede, Beide zu Bremen; Tagelöhner Berg und Bine, W. Gier, Ged. Stammels, Beide zu Köln; Bauarbeiter Henning und S. G. Klein, Beide zu Leipzig-Wagwitz; Oberfeuerwehrmeister Voigt hier und W. F. G. Neuenfeld zu Stuttgart.
Geb. & Eheleistungen: Klempner Stoecker und K. A. Ros geb. Dölling, Beide hier; Werkbank, Busker und Th. M. Ennen, Beide hier; Arbeitnehmer Ahrendt und K. H. Balas geb. Willig hier.
Gestorben: Nachtmann Döhring, 26 J., alt; Bootsmannsmaat Engelborth, 23 J., alt; Tochter Otto, 18 J., alt.



Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Empfehlte wasserdichte
Herren-Regen-Mäntel.

Waarenhaus
B. H. Bührmann.

Herren- und Damen-
Regen-Schirme
von Mk. 1,00 an
in kolossaler Auswahl.

Anton Brust, Bant.

Erschließt eine neue Sendung in
Damen-Winter-Jackets
in allen Größen und den neuesten Färbten.
Die Preise sind außergewöhnlich
billig gesetzt.

Damen-Regenmäntel
werden voraussichtlich Saison wegen
zu bedeutend heruntergesetzten Preisen
ausverkauft.

Anton Brust, Bant.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Wollene
Schlafdecken
grau, weiß und rot
von 3 Mark an.

Wulf & Francksen



Ausstellung fertiger Betten.

Elegante Façons
Herbst-Neuheiten

Jackets, Capes, Regen-Mänteln, Winter-
Mänteln, Rädern u. Kinder-Mänteln
empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen

H. F. Huismann,
101 Roonstrasse 101.

Gelegenheitskauf! Ein Posten
Regen-Mäntel reeller Preis
15—20 Mark, jetzt per Stück **5—10 Mark.**

Achtung!

Bringe meine Papier- und Schreibmaterialien, Geschäftsbücher u. c., Galanterie- und Kurzwaren, Spielwaren- und Cigarren-Handlung, sowie Hausbaltungsgegenstände aller Art in empfehlende Erinnerung. Gratulationskarten zu allen Gelegenheiten im Preise von 5 Pf. bis 5 Mt.

Ganz „Perla“, wofür mir der Alleinverkauf für hier übertragen wurde, aufmerksam.

Meine Grabkränze aus künstlichen Blumen und Blättern, sowie Mooskränze in großer Auswahl und sehr schöner Ausführung im Preise von 30 Pf. bis 4,50 Mt. Ferner Traurischleifen von 10 Pf. bis 3 Mt. halte bei vor kommenden Trauerfällen bestens empfohlen.

Die Preise meiner sämtlichen Waren sind so niedrig wie irgend möglich gestellt. — Über keine Schnippeelpreise. — Für sämtliche Waren werden Konsummarken in Zahlung genommen.

G. O. Traugott, Tonndiech, vis-à-vis der Schule.

Voss'sches Vogelfutter.

Das beste und billigste. Von ersten Autoritäten
warm empfohlen; vielfach preisgekrönt.
10jähriger grosser Erfolg. Man
erlangt in der hiesigen Niederlage
unsonst kleine Bro-
schüre über
Vogelpflege.

Unüber-
troffen für Kanarienvögel, einheimische
Finken, Amseln, Drosseln,
Staare, Nachtigallen, fremde Pracht-
vögel, Papageien usw. Ab Köln, unumsonst illustriert.
Katalog über Käfige, Preislisten über alle Arten Vögel.

Gustav Voss, Hoflieferant, Köln.

Probepackete à 10 Pf. in der hiesigen Niederlage bei:
Rud. Keil, Bant, Drogerie Rothes Kreuz.

Theater in Bant | **Verband der Maurer.**

im Hotel zur Krone.
3. Gastspiel d. Wilhelmsh. Theatergesellschaft
(Direktion: Heinr. Scherbarth).

Mittwoch den 17. Oktober:
Novität! Auf allgem. Wunsch: Novität!

Schlimme Saat.

Schauspiel in 4 Aufzügen von Otto Böhler.
Drittkl. zu „Die Ehre“. Rassentheater 8 Uhr. Anfang präz. 8½ Uhr.
Preise der Plätze: Rumer. Platz 1 Mt.,
Vorller. 75 Pf., Gallerie 40 Pf. — Im
Vorverkauf bis Abends 7 Uhr im Hotel
zur Krone: Rumer. Platz 80 Pf., Vorller.
60 Pf. Gallerie 30 Pf.

Zu vermieten
zwei Unterwohnungen im Preise von
je 150 Mark p. a. Rabere Auslastung er-
reichst **G. Seehaus, Bant, Brunnennstr. 2.**

Verband der Maurer.

(Sahlstelle Wilhelmshaven.)

Dienstag den 16. Okt.

Abends 8 Uhr

Mitglieder - Versammlung

bei Kruse, Copperhöfen.

Um zahlreiches und pünktliches Et-

sheinen erucht **Der Vorstand.**

Gesucht

auf sofort ein ordentliches tüchtiges Dienst-
mädchen.

Gastwirth **Niemand,**
Wilhelmshaven, Königstraße.

Die Geschichte des Sozialismus

Heft 20 Pf.

empfiehlt **C. Buddenberg.**

Zu vermieten

eine kleine Oberwohnung zum 1. Rno.
C. Müller, Copperhöfen Nr. 3.

Ein liegengelassener Regenschirm
gegen Entlastung der Innenraumgebäuden
abzuholen Werftstr. 14, 1 Tr.



Nachruf!

Am Sonnabend den 13. Oktober
entschließt nach langem schweren Leiden
unter Vereinsmitglied

Hero Ricklefs

im 49. Lebensjahr. Der Bürger-
verein wird ihm seit ein ehrendes
Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Dienstag
den 16. Oktober, Nachmittag 3 Uhr,
vom Werftkirchhof aus statt.

Heppens, den 14. Okt. 1894.

Der Bürgerverein Heppens.

Todes-Anzeige.

Sonnabend den 13. Oktober ver-
schied nach langem mit Geduld er-
tragenen Leben mein lieber guter
Mann, der Werkstattleiter

Johann Gottfried Schmidt

in seinem 60. Lebensjahr, was wir
hiermit zur Anzeige bringen.

Wilhelmshaven, 15. Okt. 1894.

Die trauernde Witwe:

Marie Schmidt nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch
den 17. Okt., Nachm. 3 Uhr, vom
Sterbehause, Martinstr. 1, aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und
Familien die traurige Nachricht, daß
unsere liebe Tochter und Schwester

Louise

im Alter von 2 Jahren 4 Monaten
in Folge Herzschlag sanft entschlafen
ist. Mit tiefstertrübtem Herzen bringen
diese zur Anzeige

Bant, den 15. Okt. 1894

H. Evers u. Frau.

Adeline, geb. Janßen.

Die Beerdigung findet Mittwoch
den 17. Okt., Nachm. 2½ Uhr, vom
Sterbeh., Jeverstr. 17, aus statt.

Danksagung.

Allen Deneden, die uns während der
Krankheit sowie bei dem Hinfreden unseres
innigst geliebten Sohnes und Bruders trost-
und hilfreich zur Seite standen, seinen
Collegen für das freiwillige Tragen und die
zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung,
besonders aber den Mitgliedern des Hand-
arbeiterverbandes (Sahlstelle Wilhelmshaven)
für die erwiesene Theilnahme sagen wir
hiermit unter tiefselbstem Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

G. Otto nebst Angehörigen.

Einschlafige Betten Nr. 10

aus roth-grau gefreistem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 10,25

Unterbett 10,25

2 Rissen 7,—

Mt. 27,50

zweischläfig Mt. 31,—

Einschlafige Betten Nr. 10b

aus roth-bunt gefreistem Atlas
mit 16 Pfund Federn.

Oberbett 13,50

Unterbett 13,50

2 Rissen 9,—

Mt. 36,—

zweischläfig Mt. 40,50

Einschlafige Betten Nr. 11

aus rothem oder roth-rotem Atlas
mit 16 Pfund Halbdämmen.

Oberbett 17,50

Unterbett 17,50

2 Rissen 10,—

Mt. 45,—

zweischläfig Mt. 50,50

Einschlafige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunen-
föper, Unterbett aus roth. Atlas
mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—

Unterbett 20,50

2 Rissen 12,—

Mt. 54,50

zweischläfig Mt. 61,—